

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Post-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Moffe's Zeitmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Umtliche Zeile RM 0.75
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Ersteinst an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Ab-
holung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Ramenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Oberheina, Niederheina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Ehiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)
Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 48

Freitag, den 26. Februar 1926

78. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auholzversteigerung.

Staatsforstrevier Cosel.

Die in der Versteigerung am 24. Februar 1926 vom Coseler Revier unverkauft
gebliebenen 4164 Stück = 277,65 fm fi. Klöße sollen

am 4. März 1926 in Königsbrück (Schwarzer Adler)
anschließend an die Auholzversteigerung vom Lausnitzer Forstrevier nochmals ausgebaut
werden. — Neue Versteigerungsverzeichnisse werden nicht ausgegeben.

Forstamt Cosel.

Forstklasse Dresden.

Das Wichtigste

dem Prozeß gegen den Freiherrn v. Lützow sind die er-
sten Zeugen vernommen worden.

Die deutsche Delegation, die am 8. März in Genf an der
Völkerbundtagung teilnehmen wird, soll sich aus 25 Per-
sonen zusammensetzen.

Präsident der Gemischten Kommission in Oberschlesien,
Lombard, hat eine Erklärung über seine Haltung zu den
Polnisch-Oberschlesien gegen den deutschen Volksbund
angeleiteten Untersuchungen abgegeben.

Doorn stieß eine Straßenbahn mit einem Auto zusam-
men, in dem die Gattin des deutschen Kaisers, Hermine saß.

Das durch ein Unglück ereignete sich dieser Tage, als der
Leutnant Collot versuchte, seine Maschine unter dem
Bogen des Eiseturms durchzuführen. Hierbei verung-
lückte der Apparat in Antennendrähten und stürzte brennend
in die Tiefe. Collot war vollständig verfehlt.

„Lokalanz.“ aus Rom meldet, berief Mussolini am
Mittwoch die Admirale zur Besprechung eines neuen Ma-
rinebauprogramms zusammen. Die Flottenrüstung soll
mit größter Energie betrieben werden.

Die Admiralität der Mauretania in Gibraltar an-
gekommen. House befindet sich auf dem Wege nach Al-
ger.

Der „Chicago Tribune“ aus New York gemeldet wird,
daß der Mount Lassen, einer der wenigen Vulkanen Nord-
amerikas, plötzlich ausgebrochen. Schaden ist jedoch noch
nicht entstanden.

Der Reichshof Mondritsch in Oesterreich ließ die Frau
Verwalters Wandruschek ihre beiden Kinder, einen
Säugling und einen 4-jährigen Knaben, auf kurze Zeit
in der Küche. Im Hofe umherlaufende Schweine
drangen in die Küche ein, zerfleischten den Säugling und
schlugen den 4-jährigen Knaben so schwere Wunden
zu, daß er ebenfalls nach kurzer Zeit starb.

Was man Südtirol einst versprach.

Wenn heute Mussolini seine Unterdrückungspolitik in
Südtirol damit verteidigt, daß Südtirol italienisches Land
sei, und daß die Deutschen dort keine Rechte zu beanspruchen
hätten, so mögen die folgenden Dokumente und Ansprüche
ihm vom Gegenteil überzeugen. Das Unrecht, das man gegen
die Deutschen in Südtirol beging, geht nicht nur Präsident
Wilson ein, sondern auch italienische Staatsmänner und so-
gar der König von Italien versicherten, daß man diesen
200 000 Deutschen Gerechtigkeit zuwenden lassen müsse.

Der Sekretär Wilsons, R. St. Valer, schreibt in seinen
Vermittlungen Band II, Seite 111:

„Unglücklicherweise hatte der Präsident die Brennergrenze
als Grenzlinie zwischen dem deutschen und dem italienischen
Gebiet angenommen, wodurch etwa 150 000 (richtig 230 000) Tiroler
Italiener als einen großen Fehler ansah und tief bedauerte.
Es war gesehen, bevor er diese Frage sorgfältig studiert hatte,
daß es sich um eine strategische Grenze handelte. Bieleicht glaubte er auch,
daß ein solches Verständnis in den Alpen würde die italienischen Ansprüche
auf das adriatische Gebiet mäßigen, doch die Italiener wollten
dieser Auspruch zeigt in voller Deutlichkeit, wie un-
glücklich und leichtfertig mit einem deutschen Volksstamm um-
gegangen wurde. Anfänglich schien jedoch den Deutschen ein
solches Verstehen des Loses bestimmt zu sein.
Im Jahre 1918 versprachen die Italiener den Südtiroler
Italiener völlige kulturelle Freiheit.
Die am 18. November 1918 ausgegebene Proklamation
über die Befreiung des „Südtiroler“ Gebietes, gezeichnet vom Kom-
mandanten General der Feldarmee Pecori Giraldi,
enthält, daß in Orten, in welchen eine national gemischte Be-
völkerung lebe, entsprechende Schulen der betreffenden Spra-

Die deutsche Delegation für Genf

Völkerbundsdebatte im englischen Oberhaus — Mac Donald gegen Polens Sitz im Völker-
bundsrat — Die Arbeitszeitkonferenz am 15. März in London — Meinungsverschiedenheiten
im englischen Kabinett

Die Zusammensetzung noch nicht feststehend

✦ Berlin. Ein Berliner Mittagsblatt nennt bereits
die Namen der Mitglieder der deutschen Delegation, die am
8. März in Genf an der Völkerbundtagung teilnehmen wird.
Insgesamt soll sich die Delegation aus 25 Personen zusam-
mensetzen. Die Abreise soll am 5. März abends oder am
6. März vormittags stattfinden, so daß die Delegierten am
7. März in Genf eintrafen. Der Tag soll benutzt werden, um
vor der Vollziehung noch Vorbesprechungen mit dem
englischen und französischen Außenminister
zu pflegen. Die deutsche Delegation wird in zwei Genfer
Hotels untergebracht werden.

Dazu ist zu bemerken, daß die Mitteilungen über die
Zusammensetzung der deutschen Delegation noch verfrüht
sind. Höchstwahrscheinlich ist allerdings, daß Ministerialdirek-
tor Dr. Gaus, der bereits die deutsche Delegation nach Lo-
carno begleitete, und Dr. v. Bülow, der Referent für
Völkerbundsfragen im Auswärtigen Amt, sowie Reichspresses-
chef Dr. Riep zu den Mitgliedern der Delegation gehören
werden. Staatssekretär Dr. Kempner und Staatssekretär
v. Schubert werden wahrscheinlich in Berlin bleiben.

Völkerbundsdebatte im englischen Oberhaus.

✦ London. Im englischen Oberhaus nahm Viscount
Cecil in Erwiderung des Antrages des Lords Parmoor,
der sich gegen die Erweiterung des Völkerbundes aus-
sprach, zur Völkerbundsfrage Stellung.

Cecil betonte die große Bedeutung der Völkerbunds-
frage und führte aus, das Bestreben anderer Mächte, im Rat
einen ständigen Sitz zu erhalten, sei nicht erst mit Deutsch-
lands Besuch zur Aufnahme in den Völkerbund entstanden.

Schon seit sehr langer Zeit sei die Ratserweiterung in
der Völkerbundversammlung wie im Rat selbst besprochen
worden. Jedoch müsse er sich Chamberlains Meinung an-
schließen, daß über die Vermehrung der ständigen Ratsitze
besser später beraten werde. Nach Deutschlands Aufnahme
in den Völkerbund sei die Zeit geeigneter, über die Ver-
fassungänderung des Völkerbundes zu sprechen. Die
Vertreter der britischen Regierung sollten mit un-
gebundenen Händen nach Genf zur Behandlung dieser An-
gelegenheit gehen.

Cecil lehnte es ab, daß ein Völkerbundmitglied zum
Völkerbundrat als Gegengewicht gegen Deutschland zugelassen
würde. Bevor der Außenminister nach Genf ginge, werde
sich die Regierung über die Richtlinien für die Genfer Ver-
handlungen durchaus einig sein. Darauf zog Lord Par-
moor seinen Antrag zurück.

Noch keine Entscheidung des englischen Kabinetts in der
Völkerbundsfrage.

London. Wie amtlich gemeldet wird, gab Chamber-
lain im englischen Unterhaus eine Erklärung ab, nach der
sich das britische Kabinett über seine Stellungnahme
zur Erweiterung des Völkerbundes nach Deutschlands
Eintritt noch nicht schlüssig geworden sei.

Man glaubt in Londoner diplomatischen Kreisen nicht,
daß Deutschland irgendwelche überstürzte Aktionen unter-
nehmen werde. Aber man befürchtet, daß Deutschland seine
Entscheidung dem Reichstage überlassen werde, wodurch eine
höchst unglückliche Verzögerung der Abrüstungskonferenz her-
beigeführt werden könne.

London und Paris bereits einig?

Paris. Ein gut unterrichteter Londoner Korrespondent
in Paris meldet seinem Blatte, daß sich London und
Paris über das Prinzip der Erweiterung des
Völkerbundes anscheinend einig geworden seien.
Sommerhin sei aber zu beachten, daß sich die britische Regie-
rung freie Hand bis zum nächsten Ministerrat vorbehalten
habe. Der Korrespondent fügt hinzu, daß nach den ihm zu-
gegangenen Informationen die Haltung der englischen Re-
gierung etwa folgende sei: Spanien soll einen ständigen
Sitz erhalten, worauf Chamberlain in seiner
letzten Rede habe anspielen wollen. Der bisher von Spanien
innegehabte nicht ständige Ratsitz soll Polen zu-
erteilt, die Forderung Brasiliens dagegen nicht
berücksichtigt werden.

Mac Donald gegen Polens Sitz im Völkerbundsrat

London, 26. Februar. In der „Sozialisten-Review“
nimmt Mac Donald zur Völkerbundsfrage Stellung und
spricht sich gegen eine vorläufige Erweiterung des Völker-
bundesrates aus. Spanien könne man allerdings ein ge-
wisses Recht auf einen Ratsitz nicht abschneiden, während
Polen keinen Anspruch auf einen Sitz erheben könne. Cher-
fönte man bei einer Ratserweiterung einen der baltischen
Staaten in Betracht ziehen.

Zur internationalen Arbeitszeitkonferenz

Berlin, 26. Februar. Die Einladung der englischen
Regierung zu der voraussichtlich am 15. März in London
beginnenden Konferenz über eine internationale Regelung
der Arbeitszeit ist hier eingegangen. Zu der Konferenz sind
die Regierungen von Deutschland, Frankreich, Belgien und
Italien eingeladen. Die englische Regierung wird auf der
Konferenz durch den Arbeitsminister Sir Ramsey Steel
Wattland, den parlamentarischen Staatssekretär Betterton
und den Staatssekretär des Arbeitsministers Sir Horace
Wilson vertreten sein. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns
beabsichtigt persönlich an der Konferenz teilzunehmen. Er
wird von mehreren Beamten des Reichsarbeitsministeriums
begleitet werden.

Meinungsverschiedenheiten im englischen Kabinett?

London, 26. Februar. In Londoner politischen
Kreisen herrscht zur Zeit größte Aktivität. Der General-
sekretär des Völkerbundes Drummond spricht fast täglich im
Auswärtigen Amt vor und verhandelt mit Mitgliedern des
Kabinetts. Chamberlain hatte gestern Besprechungen mit
dem französischen und dem spanischen und vorgestern Abend
mit dem italienischen Botschafter. Gleichzeitig verhandelt
der englische Gesandte in Warschau mit dem polnischen
Außenminister Strzyński und schließlich berät die englische



den eingerichtet werden sollten, daß die Gemeinden deutscher Mundart deutsche Volksschulen haben könnten, und daß allen bereits bestehenden privaten und konfessionellen Schulen freie Hand gelassen werde, die deutsche Unterrichtssprache beizubehalten. Italien wolle den Mitbürgern der andern Sprachen die Erhaltung der eigenen Schulen und Vereine zugestehen.

Diese Worte des obersten Militärbefehlshabers hatten den Erfolg, daß die Tiroler im großen und ganzen nicht allzusehr über die Lasten der Besetzung zu klagen hatten. Als dann Tittoni, Luzatti, Fürst Colonna, Giolitti und Bonomi programmatische Erklärungen abgaben, wie die Italiener zugesprochenen Gebiete mit deutscher, ladinischer bzw. slawischer Bevölkerung zu behandeln seien, da konnte das Tiroler Deutschthum — ganz abgesehen von dem unendlich weiten Gefühl, vom Mutterlande getrennt zu sein — doch hoffen, im Rahmen des italienischen Staates schlecht und recht zu leben. Die grundlegenden Versprechungen der italienischen Staatsmänner wurden jedoch nicht international garantiert. Aus diesen Versprechungen seien die wichtigsten Stellen mitgeteilt:

Senator Tittoni, Vertreter Italiens auf der Friedenskonferenz von St. Germain, versicherte in seiner Rede vom 27. September 1919 in der römischen Kammer:

„Italien wird auch 180 000 (richtig 290 000) Deutsche in sein Gebiet einschließen. Heute kann man noch nicht mit Sicherheit voraussetzen, wie die Haltung dieser Minderheit sein wird, und ob es verhindert werden könne, daß irredentistische Bewegungen entstehen und revolutionäre Vereinigungen sich bilden. Sehr viel wird von der Behandlung abhängen, die man ihnen zuteil werden läßt.

Die Völker anderer Nationalitäten, die mit uns vereinigt werden sollen, wissen, daß uns der Gedanke einer Unterdrückung und Entnationalisierung vollkommen fern liegt, und daß ihre Sprache und ihre kulturellen Einrichtungen geachtet werden und ihre Verwaltungsbeamten alle Rechte unserer liberalen und demokratischen Gesetzgebung besitzen.

Wir können der Bevölkerung von Deutsch-Tirol die Versicherung geben, daß nie ein Polizeiregiment eingeführt wird, mit Verfolgungen und Willkürherrschaft.“

Auch Luzatti, Berichterstatter in der römischen Kammer, drückte sich in ähnlicher Weise aus:

„Folgendes sagen wir den Deutschen, welche uns die Notwendigkeit unserer nationalen Verteidigung zwang, an unser Reich anzugliedern:

Es muß eine Ehrenpflicht sein für die Regierung und für das Parlament, den Deutschen, die nur wegen der absoluten Notwendigkeit, unsere Grenzen verteidigen zu können, angegliedert wurden, ihre autonomen Einrichtungen zu bewilligen.

Abgesehen von den erforderlichen Maßnahmen für die militärische Sicherheit, müssen sie sich frei und unbehelligt fühlen in der Ausübung ihrer kulturellen und religiösen Bedürfnisse, denn nur so folgt Italien den Traditionen der alten Römer.“

In seiner Thronrede vom 1. Dezember 1919 erklärte König Viktor Emanuel feierlichst:

„Die mit Italien wiedervereinigten Gebiete stellen uns vor die Lösung neuer Aufgaben. Unsere freiheitliche Tradition wird uns den Weg weisen, auf dem wir bei größter Beobachtung der lokalen autonomen Einrichtungen und Gebräuche deren Lösung finden können.

Keine Sorgfalt und kein Opfer darf gespart werden, damit nach den nicht zu vermeidenden Unsicherheiten bei den erstmaligen Verwaltungsmahnahmen die Wiederkehr jener Gebiete zu ihrer natürlichen Einheit keinen Rückschritt bedeute und keine Verminderung ihres Wohlstandes. Wir wissen, daß wir in unseren Staatsbürgern auf den Bergen und am Meere wertvolle Mitarbeiter für den Fortschritt der Nation haben.“

Mit diesen „Staatsbürgern auf den Bergen und am Meere“ sind fraglos die Deutschen gemeint.

Die Männer, die einst diese großen Worte sprachen, sind mit Ausnahme des italienischen Königs längst von den politischen Stürmen in Italien weggeführt; ihre Worte sind vergessen, Mussolini fühlt sich durch kein Versprechen gebunden, seine Politik ist die Gewaltpolitik.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Sprechtage.) Der Bezirksfürsorgeverband, Abteilung Kriegerfürsorge Kamenz hält am Dienstag, den 2. März 1926, nachmittags 1/4 bis 1/7 Uhr im hiesigen Ratskeller, 1 Treppe, Sprechtag ab. Es werden Verordnungs- und Fürsorgefachen erledigt und entsprechende Anträge und Gesuche entgegengenommen. Bedürftige Veteranenbeihilfe-Empfänger aus früheren Kriegen können ebenfalls dort vorsprechen.

(Ständige Verkaufsstellen für Zuchtbullen.) Da sich im letzten Jahre die Nachfrage nach bodenständigen Zuchtbullen erheblich vermehrt hat, haben die sächsische Herdbuchgesellschaften eine ständige Verkaufsstelle in Dresden-Briesnitz, Meißnerstraße 36 eingerichtet, wo jederzeit Bullen im Alter von 10—18 Monaten zum Verkauf stehen. Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt stammen diese Tiere aus besten Herdbuchherden Sachsens. Die Milch- und Fettleistung der Mütter ist nach den von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft herausgegebenen Vorschriften festgelegt. Den Landwirten und Zuchtgenossenschaften wird auf diesem Wege bestes Zuchtmaterial unter günstigen Zahlungsbedingungen angeboten, über die Näheres in der Geschäftsstelle Dresden-A., Sidonienstraße 14, zu erfahren ist.

(Aepfelernte 1926 gefährdet.) Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, besteht Gefahr, daß in diesem Jahre der gefährliche Apfelsluger oder auch Apfelmotz in erheblicher Menge auftritt. Die Eier dieses gefährlichen Schädlings sitzen fest an Ringwürsten und Blattläusen der Fruchttriebe, sind etwa 1/3 mm lang, lebhafte orangefarbene oder rotgelbe gefärbt. Wo man sie findet, sind die Bäume noch vor dem Knospenschwellen mit 10%iger

Regierung mit den Regierungen der Dominions. Trotz alledem ist man sich keineswegs über die Völkerbundsposition schlüssig geworden. Wie der „Evening Standard“ berichtet, sind innerhalb des englischen Kabinetts Meinungsverschiedenheiten aufgetreten besonders wegen der Ansprüche Polens. Baldwin hat sich, wie verlautet, gegen eine Erweiterung des Völkerbundsrates ausgesprochen. Chamberlain persönlich sei, schreibt das Blatt, für die Zuweisung eines Ratesitzes an

Lösung Obstbaumfarbolineums oder auch mit Schwefelsäurebrühe zu spritzen. Auskunft erteilt die Hauptstelle für Pflanzenschutz, Dresden-A., Stübelsallee 2.

(Meisterprüfungen im Frühjahr.) Im Bezirke der Gewerbestämme finden die nächsten Meisterprüfungen im kommenden Frühjahr statt. Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung müssen bis spätestens 1. März an die Geschäftsstelle der Kammer in Zittau, Lessingstraße 32, eingereicht werden.

(Das Ende des Schuljahres) kommt in Sicht, Verletzung und Schulentlassung werfen bereits ihre Schatten voraus, aber mehr noch ihren Sonnenschein. Denn die Zeiten sind ja glücklicherweise vorüber, in denen den großen Veretzungssterminen mit Gleichgültigkeit entgegengegangen wurde, in denen das Papiergeld der Inflationszeit mehr regierte, als das goldene Wissen und Können, die maßgebend sind für die Zukunft der Jugend. Jetzt ist nun wieder alles im normalen Lauf, die Zensuren und die Veretzungslisten werden sorgsam nachgeprüft und Lob und Tadel werden nach Verdienst und Würdigkeit verteilt. Wer etwas kann, dem öffnet das Leben auch eine Laufbahn, die seinem Wissen und seiner Befähigung entspricht. Freilich liegt das ganze Wirtschaftsleben so tief am Boden, daß die Schulentlassenen Mühe haben werden, passende Lehrstelle zu erhalten.

(Der Zeitungsanzeiger) legen immer noch zahlreiche Geschäftsinhaber nicht den Wert bei, der ihr wirklich zukommt. Im Auslande, namentlich in Amerika und England, hat man schon längst erkannt, daß die eigentliche Seele des geschäftlichen Erfolges das Zeitungsinserat war. Letzter Tage wurde auf der Jahresversammlung der englischen Anzeigen-Gesellschaft die interessante Tatsache bekanntgegeben, daß in England im Laufe des letzten Jahres nicht weniger als annähernd eine Milliarde Mark für Zeitungsinserate aufgewandt worden sind. Alle großen deutschen Firmen haben ebenfalls auf der Grundlage der Zeitungsanzeige ihren Betrieb aufgebaut und verdanken vornehmlich ihr den Hauptvorteil des geschäftlichen Umsatzes. Ein Geschäftsmann, der heute noch nicht diese alte Wahrheit erfährt hat, darf sich nicht wundern, wenn andere das Rennen machen. Die Zeit der Frühjahrsangebote steht unmittelbar vor der Tür. Denk daran, was das Inserat dir dabei dienen kann.

(Die Krähenverteilung.) Eine allgemeine Krähenverteilung hat am 15. d. M. auf Anordnung des Sächsischen Wirtschaftsministeriums in allen in Frage kommenden Landesteilen stattgefunden. Wo sie sachgemäß durchgeführt worden ist, wird der Erfolg nicht ausgeblieben sein. Für seine Beurteilung ist es wichtig, im einzelnen Auskunft darüber zu erhalten, in welcher Zahl und Art tote Raben, Nebel- und Saalkrähen, Dohlen und Elstern aufgefunden worden sind, und ob etwa der Maßnahme auch Haustiere, Wild und andere nützliche Tiere zum Opfer gefallen sind. Wer diesbezügliche Wahrnehmungen macht, wird dringend gebeten, sie womöglich mit Belegen der Hauptstelle für Pflanzenschutz Dresden, Stübelsallee 2, Tel. 33220 ungesäumt zur Verfügung zu stellen, damit sie bei der künftigen Anordnung ähnlicher Maßnahmen Berücksichtigung finden können.

(Mütterberatungen) finden statt in Dorn am Mittwoch, den 3. März, nachmittags 2 Uhr in der Schule; in Großnaundorf am Freitag, den 5. März, nachmittags 1/2 3 Uhr in Büttners Gasthof. — Arzt wird anwesend sein.

Baugen, 24. Februar. (Neue Flugverkehrsline.) Von der Vervollkommnung des Flugwesens in Sachsen soll auch die Oberlausitz Vorteile erhalten. Man plant nämlich die Errichtung einer staatlich unterstützten Fluglinie Zittau—Baugen—Dresden.

(Sächsisches Fahr- und Reittourier in Dresden-Reich.) Am 8. und 9. Mai d. J. findet auf dem Gelände der Dresdner Pferdeausstellungen in Dresden-Reich ein neues sächsisches Fahr- und Reittourier statt. Wie wir von der Pressestelle der Landwirtschaftskammer erfahren, können sich auch die ländlichen Reitvereine an den hierfür ausgeschriebenen Konturrenzen beteiligen. Beide Tage sind zugleich Verkaufstage für Pferde sächsischer Züchter. Zum Auftrieb sind zugelassen Zucht- und Gebrauchspferde, Stuten und Wallache des warmblütigen Schlages von drei Jahren an und ältere Pferde. Anmeldungen an den Landesverband sächsischer Pferdezüchter, Dresden-A., Sidonienstraße 14, bis zum 8. April. Eine Prämierung der Verkaufspferde findet nicht statt.

Vorläufiger Bezirkskirchentag für den Kamener Bezirk.

Bei Inkrafttreten der neuen Kirchenverfassung und das sollte, wie ansangs bereits am 1. April d. J. geschehe, wird sich aber noch verzögern — wird bekanntlich der Kamener Bezirk, wie ja auch der Baugener, der Abwauer und der Zittauer Bezirk, zur Eporie erhoben. Es wird also Kamenz der Sitz einer Superintendentur werden. Den Eporien wird in Zukunft nach dem Vorbilde der staatlichen Bezirksverbände eine besondere Selbstverwaltung im Form des Bezirkskirchentages und des Bezirkskirchenausschusses verliehen. Zur Vorbereitung hierzu war nun von der Kreisbauernschaft Baugen als Konföderalbehörde ein vorläufiger Bezirkskirchentag für den 25. Februar nach dem Hotel Lehmann in Kamenz einberufen worden, zu dem sämtliche Kirchengemeinden des künftigen Kirchenbezirkes Kamenz ihre abgeordneten Vertreter geschickt hatten, darunter auch die bisher in anderen Bezirken gehörigen, wie Großhirsdorf, Oberlichtenau, Nichtenberg, Kleinhirsdorf mit Leppersdorf, Wallroda mit Ursdorf (jetzt noch zur Eporie Rade-

Polen. So sei denn die Aufgabe der Ausarbeitung der Instruktion für die englischen Vertreter bei der Völkerbundsversammlung äußerst schwierig. Auch der liberale „Standard“ äußert skeptisch. Es sei klar, so schreibt er, daß Chamberlain Frankreich in der polnischen Frage zu unterstützen wird. Aber die übrigen Kabinettsmitglieder hielten die Idee einer solchen Politik für zweifelhaft und deshalb die Entscheidung erneut verschoben worden.

berg gehörig) und Fischbach mit Seltsdorf (Eporie Pirna) nach 9 Uhr vorm. nahm die Tagung unter Vorsitz des Herrn Hauptmannes Dr. Richter-Baugen ihren Anfang und er entbot die da gekommen waren, seinen Gruß. Nach einem innigen Worte des Herrn Geh. Oberkirchenrates Rosenkranz aus Baugene auf Grund des Schriftwortes: Das Reich Gottes kommt nicht auf Grund des Schwertes — machte der Herr Vorsitzende die Tagesordnung bekannt und wies hin auf die Bedeutung der heutigen Tagung. Die Tagesordnung umfaßte die Aufstellung der vorläufigen Satzungen und die Wahl eines vorläufigen Bezirkskirchenrats. Nach eingehender Besprechung dieser Satzungen, die 17 Paragraphen umfassen, fanden jene mit einigen Abänderungen einstimmige Annahme. Den vorläufigen Bezirkskirchenrat hat jetzt schon zu wählen, hielt man, solange die neue Kirchenverfassung noch nicht in Kraft getreten sei, nicht für nötig. Die Beschlüsse dahin zu führen, überträgt man den 7 Mitgliedern des bis jetzt bestehenden Bezirkskirchenrats, der aber durch ein Mitglied der neu zu wählenden Kirchenbezirke kommenden Gemeinden ergänzt wird. Wahl fiel auf Herrn Pfarrer Schleinig aus Großhirsdorf. Einen warmen Appell richtete der Herr Geh. Oberkirchenrat Rosenkranz an die Vertreter der Kirchengemeinden, Mittel zur Gewährung von Beihilfen an Studenten der Theologie bereitzustellen. Um 12 Uhr mittags hatte die Tagung dieses vorläufigen Bezirkskirchentages ihr Ende erreicht. So ist mit dieser Tagung der Grundstein für die neue Entwicklung im Kirchenbezirke Kamenz gelegt worden. Wann nun aber die neue Kirchenverfassung in Kraft tritt, ist nicht zu sagen. Hoffentlich ist der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 25. Februar 1926

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Landtagung erhielt Ministerpräsident Helld das Wort zu folgender Erklärung:

Vom Herrn Landtagspräsidenten habe ich das Wort zu einer Erklärung erbeten wegen einer Angelegenheit, die bei oberflächlicher Betrachtung leicht als eine persönliche aufgefaßt werden könnte. Wenn man aber tiefer hinsieht, wird man finden, daß hier in der leichtfertigen Weise mit der Ehre des Mitmenschen gespielt worden ist. Ich meine die Notiz im Dresdner Anzeiger. Dazu habe ich zu erklären: In der Morgen Ausgabe des Dresdner Anzeigers vom 24. Februar 1926 wird eine Notiz der Sächsisch-Böhmischen Korrespondenz abgedruckt, wonach der Abgeordnete Arzt sich in der Versammlung der Dresdner sozialdemokratischen Parteifunktionäre dahin geäußert haben soll, er werde nunmehr mit seinem Mandat herauskommen und dafür sorgen, daß Helld dorthin komme, der Feigling gewesen sei. Allerdings wird zu dieser Notiz in der Ausgabe der Dresdner Volkszeitung vom 24. Februar 1926 eine der Ueberschrift „eine Falschmeldung“ betonte, der angeführte Satz eine in jeder Beziehung unwahre Behauptung. Arzt habe in diesem noch in ähnlichem Sinne in der Delegiertenversammlung gesprochen. Gleichwohl hat das Ministerium für Volkswohlstand als vorgelegte Dienstbehörde den Abg. Arzt zu einer Aufklärung hierüber aufgefordert. Bei seiner Vernehmung hat er erklärt: Es würde mir ein leichtes sein nachzuweisen, daß ich mich in einer Notiz der Sächsisch-Böhmischen Korrespondenz im Mund gelegte Äußerung bezüglich des Ministerpräsidenten nicht getan habe. Ich lehne es aber aus prinzipiellen Gründen auf Grund der Reichsverfassung ab, meiner vorgelegten Dienstbehörde in einer Angelegenheit Rede und Antwort zu geben, mich lediglich in meiner Eigenschaft als Politiker betreffend. Ich habe mich zunächst davon ausgegangen, daß der Landtag, wenn er in jeder Delegiertenversammlung wegen dem Landtag Ministerpräsidenten nicht den Vorwurf staatsbarer Handlungen erhoben hat. Zu prüfen bleibt, wie eine solche Zeitungsmeldung überhaupt hat entstehen können. Vorbehaltlich dieser Prüfung ist mir verpflichtet dem Landtage von dem Vorgange Mitteilung zu machen, weil es dem Landtage nicht gleichgültig sein kann, wenn in der Öffentlichkeit gegen den von ihm gewählten Ministerpräsidenten ein solch unerhörter Vorwurf erhoben wird.

Diese Erklärung erregte im hohen Grade die Gemüter der Linkssozialisten und Kommunisten. Der Abgeordnete Arzt hat auf den Platz des Ministerpräsidenten zu und es entspann sich eine private Auseinandersetzung unter lebhaften Geprüden der Abgeordneten. Zu vernehmen war nur, daß Abg. Arzt dem Minister gegenüber meinte, er würde diese Erklärung wohl kaum abgegeben haben, wenn eine ähnliche Angelegenheit von anderer Seite vorgelegen hätte. „Das ist wunderbar!“ rief er dem Ministerpräsidenten entgegen. Abg. Böttcher (Komm.) beantragte die Besprechung der Regierungserklärung. Das Haus lehnte aber diesen Antrag mit allen Stimmen der Kommunisten und Linkssozialisten ab. Die Tagesordnung selbst war in erstaunlich kurzer Zeit erledigt. Anfrage, wegen der Brandstiftungen und das Kapital Frauenkammern wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Zu der Anfrage des Abg. Beck (Dp.) betr. Ablehnung des Schadensersatzes gegenüber dem bei dem Automobilunglück auf der staatlichen Kraftwagenstraße Baugen—Kamenz Verunglückten gab Ministerpräsident Helld eine Erklärung ab, die sich inhaltlich mit der kürzlich im Reichstagsregierungsentscheidung zu dieser Angelegenheit deckte. Das Reichstagsregierungsentscheidung des Reichstages vom 20. Februar 1926 Landesweiterwart, 29, Landesgesundheitsamt und 30, Öffentliche Gesundheitspflege des ordentlichen Staatshaushaltens wurden ohne Ausprache erledigt, indem die Entstellungen nach der Lage genehmigt wurden. — Nächste Sitzung: Donnerstag 4. März nachm. 1 Uhr.

Der Reichsfinanzminister zum Sommerbauprogramm

Berlin, 25. Februar. Reichsfinanzminister Dr. Brüning erwiderte im Haushaltsausschuß des Reichstages auf Anfragen der Abg. Erling (Fr.), daß sich die Reichsregierung bereit, eingehend mit dem Bauprogramm für den Sommer beschäftigt habe. Zunächst seien Erhebungen darüber anzustellen worden, wieviel gelehrte Bauarbeiter überhaupt für das Sommerbauprogramm zur Verfügung kämen. Eine Durchsicht des Bauprogramms im großen Umfange sei der Regierung durch die Reichsregierung als Schlüsselprogramm von größter Wichtigkeit, weil das Baugewerbe als Schlüsselindustrie zahlreichen anderen Gewerben Brot und Arbeit gebe. Von der Hauszinssteuer würden 15 bis 20 % diesem Bauprogramm zur Verfügung stehen. Wenn die Hauszinssteuer einen Betrag von 750 bis 1000 Millionen Reichsmark ergäbe, so würden für das Bauprogramm 500 Millionen Reichsmark verfügbar sein. Wenn man diese Summe zum Beispiel als Verbilligungshypotheken für die Bauarbeiten verwende, so könne auf dem Bauprogramm viel erzielt werden.

Aus dem Reichsrat

Berlin, 25. Februar. Der Reichsrat erklärte sich in seiner heutigen öffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Rätz mit dem Beschluß des Reichstages

Die neuen sächsischen Steuergesetze.

Das Gesamtministerium hat in der Sitzung vom 17. Februar 1926 eine Reihe die Allgemeinheit stark berührende Gesetzentwürfe auf steuerlichem Gebiete beschlossen, die nunmehr dem Landtag zugehen werden. Ihr wesentlicher Inhalt unter Hervorhebung der Abweichungen vom bisherigen Rechte ist folgender:

I. Gewerbesteuer-Gesetz.

Der Kreis der steuerpflichtigen Betriebe hat sich in mehrfacher Beziehung geändert. Zunächst hat er eine Eingrenzung erfahren, als die Land- und Forstwirtschaft und die ihr gleichgestellten Erwerbszweige (Obst-, Wein- und Gartenbau) von der Gewerbesteuer freigestellt worden sind. Die Befreiung erstreckt sich jedoch nicht auf die hiermit verbundenen Nebenbetriebe gewerblicher Art. Andererseits ist die Steuerpflicht ausgedehnt worden auf die Angehörigen der nicht der reinen Kunst oder der reinen Wissenschaft gewidmeten freien Berufe sowie auch auf solche Vereine, eingetragene Genossenschaften und Körperschaften, die lediglich die Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Mitglieder bezwecken. Schließlich sollen die Betriebe und Verwaltungen von Körperschaften des öffentlichen Rechts und die öffentlichen Betriebe und Verwaltungen mit eigener Rechtspersönlichkeit künftig nur noch insoweit von der Gewerbesteuer befreit sein, als sie nach dem neuen Körperschaftsteuergesetz von der Körperschaftsteuer befreit sind, den erwähnten Betrieben und Verwaltungen stehen — wie bei der Körperschaftsteuer — gleich Unternehmungen, deren Erträge ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts zufließen.

Bei der Wahl des Besteuerungsmaßstabs kehrt das neue Gewerbesteuer-Gesetz zu den beiden Merkmalen des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals und des Ertrags zurück. Dagegen ist die Lohnsumme als Besteuerungsmaßstab fallen gelassen worden.

Die Gewerbesteuer setzt sich hiernach aus einer Kapitalabgabe und einer Ertragsabgabe zusammen. Die Sätze für die Kapitalabgabe bewegen sich zwischen 1/2 bis 2 vom Tausend, diejenigen für die Ertragsabgabe zwischen 1 bis 3 vom Tausend.

Die Veranlagung erfolgt wie früher im Voraus für ein folgendes Rechnungsjahr unter Zugrundelegung der Ergebnisse eines früheren Zeitraumes. Der Ertrag insbesondere wird in Anlehnung an das alte sächsische Einkommensteuergesetz nach dem Durchschnitt der letzten drei Betriebsjahre ermittelt.

Eine Veranlagung auf Grund des neuen Gewerbesteuer-Gesetzes soll erstmalig für das Rechnungsjahr 1926 stattfinden. Die Gewerbesteuer des Rechnungsjahres 1924 soll durch die geleisteten Vorauszahlungen als abgegolten angesehen werden. Für die Land- und Forstwirtschaft und die dieser gleichgestellten Erwerbszweige soll es, da insoweit eine Veranlagung für das Rechnungsjahr 1926 nicht mehr stattfindet, bei den Vorauszahlungen für das Rechnungsjahr 1925 bewenden.

II. Grundsteuergesetz.

Der Grundsteuer unterliegt nach dem Entwurf

- a) das landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Vermögen (einschließlich Gebäuden und Inventar, aber ausschließlich der gewerblichen Nebenbetrieben dienenden Betriebseinrichtungen und Betriebsmittel),
- b) der gewerbliche Grundbesitz (einschließlich Gebäuden, aber ausschließlich der Betriebseinrichtungen),
- c) der Wohngrundbesitz und das unbebaute Land, das nicht unter a) oder b) fällt.

Die Grundsteuer wird nach den „Einheitswerten“ erhoben, die nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes vom 10. August 1925 für die Zwecke der Reichsvermögenssteuer durch neu bei den Finanzämtern zu bildende Grundwert- (bezw. Gewerbez-) Ausschüsse unter Mitwirkung des Landes und der Gemeinden für die vorbestimmten Steuergegenstände jährlich oder in längeren Zeiträumen festgesetzt werden. Diese Einheitswerte sind in der Regel Ertragswerte, bei Bauland und nicht ortsbillichem Wohngrundbesitz gemeine Werte.

Der allgemeine Steuerfuß (Staatssteuer) ist nach dem Werte des Steuergegenstandes gestaffelt; er bewegt sich zwischen 3 v. T. bis zu 5 v. T. Für Bauland gelten frühestens vom Rechnungsjahre 1928 ab höhere Sätze.

Die Gemeinden können zur Staatssteuer eine Zuschlagssteuer erheben bis zu 150 v. H. erheben; gemeindliche Zuschläge können werden zugelassen.

III. Aufwertungssteuergesetz (Mietzinssteuer).

Das Gesetz zur Abänderung des Gesetzes über den Geldebewertungsausgleich bei bebauten Grundstücken (Aufwertungssteuergesetz) paßt die bestehenden landesrechtlichen Vorschriften an die im August 1925 erlassenen reichsrechtlichen Bestimmungen, die am 1. April 1925 in Kraft treten müssen, an. Danach wird die Steuer vom 1. April 1926 ab von jetzt 27 v. H. auf 40 v. H. erhöht. Der Gesamttrag der Steuer soll zur Hälfte für den Wohnungsbau verwendet werden, zur anderen Hälfte den Bezirksfürsorgeverbänden für Wohlfahrtszwecke, den Gemeinden und dem Staate zufließen. Der für den Wohnungsbau bestimmte Teil der Steuer verbleibt auch künftig den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern, während er in den übrigen Gemeinden an die Bezirksverbände abzuliefern ist, denen künftig die Förderung des Wohnungsbaues und die Bekämpfung der Wohnungsnot in ihrem Bezirke obliegen wird. Sämtliche Gemeinden sollen aber ein Drittel des für den Wohnungsbau

bestimmten örtlichen Aufkommens an den Staat abführen, der diese Mittel darlehensweise solchen Gemeinden oder Bezirksverbänden als Zuschuß zu dem örtlichen Aufkommen zu gewähren hat, in denen die Wohnungsnot besonders groß ist. Die Einschaltung des Landeswohnungsverbandes fällt fort. Seine Aufgaben übernehmen die Bezirksverbände, soweit es sich um den Ausgleich der Gemeinden unter 5000 Einwohnern handelt, im übrigen aber, soweit es sich um einen Ausgleich zwischen den großen Gemeinden oder zwischen den Bezirksverbänden handelt, der Staat.

Die Steuer wird nach der Höhe der Vorkriegsbelastung der Grundstücke gestaffelt. Sie schwankt zwischen 10 v. H. bei unbelasteten Grundstücken und 40 v. H. bei einer Belastung von mehr als 50 v. H. derart, daß für je 10 v. H. Belastung 5 v. H. Steuer mehr erhoben wird. Für Einfamilienhäuser von nicht mehr als 70 Quadratmeter Wohnfläche ist eine vollständige Befreiung vorgesehen, falls sie vom Eigentümer selbst bewohnt werden. Weitere Erleichterungen sind für die unbemittelten Bevölkerungsschichten vorgesehen, deren Wohnungen künftig dann von der Steuer frei bleiben sollen, wenn das Einkommen den für die Einkommensteuerfreiheit zur Zeit maßgebenden Satz nicht übersteigt. Endlich sollen nunmehr auch die landwirtschaftlichen Gebäude zur Aufwertungssteuer ebenso herangezogen werden wie alle anderen Gebäude.

IV. Gesetz über die Aufhebung des Zugtiersteuergesetzes.

Gemäß dem Beschluß des Landtages vom 15. November 1925 wird die in Sachsen am 1. März 1923 eingeführte Zugtiersteuer mit Wirkung vom 1. April 1926 ab aufgehoben. Die Bezirksverbände und bezirksfreien Gemeinden, denen jetzt 90 v. H. der in ihren Bezirken erhobenen Zugtiersteuer und die über den regelmäßigen Satz hinaus erhobene Zugtiersteuer zufließen, werden für ihren Einnahmeausfall im Rechnungsjahr 1926 dadurch schadlos gehalten, daß sie für das Rechnungsjahr 1926 am Landesanteil an der Kraftfahrzeugsteuer in Höhe von 45 v. H. des Landesanteils beteiligt werden (Bezirksanteil). Die Verteilung des Bezirksanteils unter die einzelnen Bezirksverbände und bezirksfreien Gemeinden soll nach dem Verhältnisse des Zugtiersteuereinzugs für das Rechnungsjahr 1925 in den einzelnen Bezirksverbänden und bezirksfreien Gemeinden erfolgen. Der beim Finanzministerium gebildete Wegebauhof, der dazu dient, Beihilfen für Zwecke des Baues und der Unterhaltung öffentlicher Wege zu verteilen, und dem zu diesem Zweck jetzt 10 v. H. des Zugtiersteuereinzugs zufließen und dem außerdem auf Grund des Zugtiersteuergesetzes ein gewisser Teil des Landesanteils an der Kraftfahrzeugsteuer überwiesen wird, soll auch weiterhin fortbestehen. Für den Einnahmeausfall, den er durch die Aufhebung des Zugtiersteuergesetzes erleidet, soll er ebenfalls durch Beteiligung am Landesanteil an der Kraftfahrzeugsteuer entschädigt werden. Sein Anteil ist für das Rechnungsjahr 1925 auf 5 v. H. des Landesanteils bemessen. Da die Regierung dem Landtag zugesagt hat, daß die Bezirksverbände und bezirksfreien Gemeinden bei Aufhebung der Zugtiersteuer in voller Höhe entschädigt werden sollen, und da sich im Hinblick auf die bevorstehende Neuregelung der Kraftfahrzeugsteuerfrage jetzt nicht übersehen läßt, wieviel der Bezirksanteil an der Kraftfahrzeugsteuer im Rechnungsjahr 1926 betragen wird, — geschätzt wird er von der Regierung auf 290 000 RM. — ist in dem Gesetzentwurf die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Bezirksverbände und bezirksfreien Gemeinden im Rechnungsjahr 1926 auf Kosten des Anteils des Staates an der Kraftfahrzeugsteuer mindestens das erhalten, was im Rechnungsjahr 1925 tatsächlich an Zugtiersteuer aufkommen ist. Dieses Aufkommen wird auf 2 500 000 RM. geschätzt.

V. Gesetz über die Steuer- und Gebührenfreiheit von Wohnungsbauten.

Die Baukosten von Wohnungsbauten sind durchschnittlich auf etwa das 1,8- bis 2,0 fache des Friedensstandes, der Zinsfuß für ersitzliche Hypotheken auf dem freien Geldmarkt auf annähernd das Dreifache des Friedensstandes gestiegen. Beide Verteuerungen wirken dahin zusammen, daß auf eine zunächst nicht abzusehende Zeit der Wohnungsbau dringend jeder Erleichterung und Förderung bedarf, die ihm von der öffentlichen Hand gewährt werden kann. Um den Wohnungsbau wirksam anzuregen und zu steigern, sieht der Gesetzentwurf nunmehr eine umfassende Steuer- und Gebührenfreiheit für den Wohnungsbau vor, und zwar sowohl für den privaten Wohnungsbau in freier Wirtschaft, wie für den mit öffentlichen Beihilfen unterstützten. Diese weitgehende Befreiung beschränkt sich indessen auf den Bau ausgeprägter Klein- und Mittelwohnungen; als solche gelten nach § 1 des Gesetzes Wohnungen, die 100 qm nutzbare Wohnfläche nicht überschreiten. Wohnungsbauten genießen die Vergünstigung dieses Gesetzes dann, wenn sie vorwiegend Klein- und Mittelwohnungen in diesem Sinne enthalten.

Von der Aufwertungssteuer sind Wohnungsneubauten, die bis zum 31. Dezember 1928 begonnen und bis zum 30. Juni 1929 bezugsfertig werden, auf 5 Jahre von der Fertigstellung ab von der Grundsteuer und der etwa an ihre Stelle tretenden Steuer befreit. Vor allem aber befreit das Gesetz in § 3 den Wohnungsbau selbst von allen Steuern und Gebühren, die durch das Landesrecht in Wegfall gestellt werden können.

Die Veranlagung auf Grund des neuen Gewerbesteuer-Gesetzes soll erstmalig für das Rechnungsjahr 1926 stattfinden. Die Gewerbesteuer des Rechnungsjahres 1924 soll durch die geleisteten Vorauszahlungen als abgegolten gelten. Für die Land- und Forstwirtschaft und die dieser gleichgestellten Erwerbszweige soll es, da insoweit eine Veranlagung für das Rechnungsjahr 1926 nicht mehr stattfindet, bei den Vorauszahlungen für das Rechnungsjahr 1925 bewenden.

Dr. Stresemann über die politische Lage.

Ein Beitrag in einer englischen Zeitung.

London. Ein Londoner Blatt, die „Morning Post“, veröffentlicht einen Beitrag Dr. Stresemanns zu einer Aufsatzreihe, die ein zusammenhängendes Bild über die Beurteilung der politischen Lage durch die verantwortlichen Staatsmänner Europas geben soll. Die wichtigsten Stellen seiner Ausführungen lauten wie folgt:

Durch die politischen und wirtschaftlichen Nachwirkungen des Versailler Vertrages sei in Deutschland ein Zustand politischer Degradierung und wirtschaftlichen Ruins geschaffen worden, der in der Befestigung des Ruhrgebietes und in dem Zerfall der Währung seinen Höhepunkt gefunden habe. Allmählich und leider erst viel zu spät habe man erkannt, daß alle Staaten an der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und an der Stabilisierung der deutschen Finanzen das größte Interesse hätten. Der Dawesplan, die Amerikanleihe und das Moratorium legten Zeugnis für die Anerkennung dieser Tatsache ab.

Dr. Stresemann beschäftigt sich dann mit dem Locarnovertrag und führt aus, daß Locarno im politischen

Sinne den Wiedereintritt Deutschlands in das europäische Konzert und damit den Beginn europäischer Zusammenarbeit bedeute. Die Zukunft müsse zeigen, wie die in dem Pakt niedergelegten politischen Vereinbarungen in den einzelnen Fällen praktisch angewendet werden müßten. Die Annahme der Locarnoverträge durch Deutschland zeige seinen festen Entschluß, aktiv an dem großen internationalen Problem unserer Zeit mitzuarbeiten.

Neueste Meldungen.

Eine Intervention Japans in der Ratsfrage?

Berlin, 26. Februar. Eine Londoner Meldung der Post, Ztg. behauptet, daß am Montagabend zwei sensationell wirkende Erklärungen über die Frage der Völkerbundratsfrage in London, Paris und Brüssel abgegeben worden seien. Die japanischen Vertreter hätten den Regierungen der Allierten mitgeteilt, daß Japan im Völkerbundrat gegen jede Erweiterung der ständigen Ratsitze über Deutschland hinaus stimmen werde. Brasilien hatte gleichzeitig erklärt, daß es seine Kandidatur auf einen ständigen Ratsitz fallen lasse, wenn ihm von den ständigen Mitgliedern die Zustimmung gegeben werde, daß mit Deutschland kein Abkommen getroffen werde, das geeignet sein könnte, die Wiederaufnahme der Kandidatur zu einem späteren Zeitpunkt unmöglich zu machen.

Spanien fordert einen Ratsitz für Spanien.

Anerkennung der Ansprüche Deutschlands.

Madrid, 26. Februar. Außenminister Yanguas veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt, daß Spanien unter voller Anerkennung der Rechte Deutschlands am 8. März in Genf als Vertreterin von sieben Staaten spanischen Blutes einen ständigen Ratsitz fordern werde. Polen wird in der Erklärung nicht erwähnt.

Schweres Erdbeben auf Chios.

Berlin, 26. Februar. Nach Meldungen aus Athen ist das Dorf Antimachia auf der Insel Chios im Ägäischen Meer durch ein heftiges Erdbeben völlig vernichtet worden.

Aus dem Gerichtssaal.

Leipzig, 25. Febr. (Textilschwindelprozeß.) In dem großen Textilschwindelprozeß gegen den Kaufmann Pfaff und neun Genossen, der seit über acht Wochen vor dem Landgericht Leipzig zur Verhandlung steht und in welchem beträchtlichen Umlaufes den Gegenstand der Anklage bilden, wurden heute die Plaidoyers begonnen. Der Staatsanwalt hielt die Angeklagten sämtlich für überführt und beantragte für die zwei Hauptbeschuldigten Zuchthausstrafen von je 6 Jahren, für die übrigen Angeklagten Gefängnisstrafen von 6 Jahren 9 Monaten bis zu 16 Monaten herunter. Das Urteil wird voraussichtlich erst Mitte nächster Woche verkündet werden.

Deutsche Volkslichtspiele

„Zu den Linden“, Oberlichtenau

Morgen Sonnabend, 27. II.
abends 8 Uhr:

Das sensationelle Großstadtprogramm

„Muttersegen“

6 Akte.

Außerdem im Beiprogramm 2 Lustspiele:

Harry als Buchhändler. 2 Akte
Ist Liebe nicht schrecklich. 2 Akte
und die aktuelle Deulig-Wochenschau!

Preise der Plätze: 50 und 80 Pfg.

Nacheichung betr.

Reparaturen sowie Neueichungen
führt sachgemäß und billigst aus

Oberlausitzer Brückenwagenfabrik

Paul Ziegler, Bautzen i. Sa.
Gegründet 1865 Telephon 99

Räumungs-Ausverkauf

in Haus- und Küchen-Geräten

vom 22. Februar bis 1. April 1926

Verkaufe sämtliche Waren zu jedem annehmbaren Preis

Hugo Reißig

Hauptmarkt

Sei kein Tor
beuge vor

Dr. Schröder's
AUFBAUSALZ

In allen Apotheken und Drogerien zu haben.

über Vereinfachung der Lohnsteuer einverstanden. In dem deutsch-iranischen Handelsprotokoll vom 12. Februar, das vom Reichstag angenommen ist, nahm der Reichstag, ohne Einspruch zu erheben, Kenntnis. Ferner stimmte er einem Gesetzentwurf über Gewährung von Darlehen zur Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung zu. Darnach sollen aus Mitteln der Reichsgetreidekasse 60 Millionen Mark für diesen Zweck verwendet werden. Schließlich erklärte sich der Reichstag mit der Neuauflage der Stimmentzählung im Reichstag einverstanden. Nach dem Ergebnis der letzten Wählerzählung hat unmittelbar nur ein Land, nämlich Bayern, eine Stimme im Reichstag mehr erhalten.

Ausfallsgarantie des Reichs für Export nach Rußland.
Berlin. Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Frage einer Ausfallsgarantie des Reichs für den Export nach Rußland behandelt. Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Cremer berichtete über die bisherigen Beratungen im Unterausschuß.

Die Höhe der Ausfallsgarantie des Reichs soll 35 Prozent betragen, eine etwaige Ländergarantie soll weitere 25 Prozent übernehmen, so daß das Eigentisko der Lieferfirmen dann noch 40 Prozent ausmachen würde. Bei schweren Installationsaufträgen ist eine Ausfallsgarantie von 150 Millionen Reichsmark für



Grosser Ausverkauf wegen Umbau und Renovierung des Geschäfts

Das große Lager in Herren-, Damen- und Kinderbekleidung

muß in kurzer Zeit geräumt sein, ich verkaufe daher zu jedem annehmbaren Preise

Winter-Waren
Damen - Plüsch- und Astrachan - Mäntel
 Flausch- und Velour-Mäntel
Herren - Paletots
 beste Qualitäten in schwarz und marengo
Schweden - Mäntel
Sport-Joppen **Knaben - Mäntel**
 in großer Auswahl

Herren - Anzüge

in riesiger Auswahl
 Gabardine - Anzüge
 Sport-Anzüge mit langer u. kurzer Hose
 Gehrock - Anzüge
 Cutaway und Weste

Frühjahrs - Neuheiten 1926

Damen - Mäntel
 in Tuch, Rips und Covercoat
Damen - Kostüme
 Kleider, Kassaks und Röcke
Herren - Mäntel
 Schweden-Mäntel Covercoat-Paletots
 Joppen, Hosen und Windjacken

Herren - Hosen
 Sport-Hosen Ledertuch-Hosen

Konfirmanten - Anzüge

besonders preiswert

Knaben - Anzüge (neueste Formen)
 Schlüpfer und Sport - Façons

Gummi - Mäntel für Herren und Damen

Zum Verkauf gelangen nur solide, moderne Qualitäten!

Konfektionshaus

Rudolf Lederer, Radeberg Dresdner Str. 23

Hôtel Schützenhaus.

Sonntag, den 7. Februar von 5 Uhr an



feiner BALL

im herrlich dekor. Saale!

In der Diele **Künstler-Konzert**

Es ladet freundlichst ein **Alwin Höntsch.**

Homöop. Verein Pulsnitz

erlaubt sich zu dem am **Sonntag, den 27. Februar,** abends 8 Uhr, in **Menzel's Gasthof** stattfindenden

öffentlichen Vortrag

des Herrn Dr. Will, Hamburg alle Freunde und Interessenten hierdurch herzlich einzugeladen. — Eintritt frei!

Der Vorstand.

Berichtigung

In der Beleidigungssache Kaiser-Georg Richter muß es heißen: Georg Richter, Bismarckplatz 6

Roch-

scholarin

wird angenommen
 Schützenhaus Pulsnitz

Kinderzeitung „Der kleine Coco“ oder
 Sachzeitung „Tipp“ gratis

1/2 M 50-B



Rahma

buttergleich

**Billiger als Butter -
 Besser als andere Margarine**

Der Athleten-Klub „Fels“ Bretnig

veranstaltet Sonntag, den 28. Februar
 im Gasthof Pulsnitz M. S.

großen öffentlichen Werbe-Abend,

bestehend in **Tanz und sportlichen Aufführungen.**
 Anfang 5 Uhr. Sportlicher Teil 1/8 Uhr.
 Zu dieser Veranstaltung laden wir Freunde und Gönner des Sports freundlichst ein.
 Der Festausschuß des Athleten-Kl. „Fels“

Olympia-Theater

Sonnabend 8 Uhr Sonntag 6 u. 1/9 Uhr
 Der große Richard Oswald - Monumental - Film



Die Frau von 40 Jahren

Ein modernes Lebensbild in 6 Akten vom gefährlichen Alter

Hauptdarsteller:

Die Frau: **Diana Karene**
 Der Mann: **Paul Otto**

Deulig-Wochenschau Hochinteressant!

„Verstärkmeinnicht“ Niedersteina.

Nächsten Sonntag von 7 Uhr an

Ballmusik

Dank und Nachruf

Zurückgekehrt vom allzufrühen Grabe meiner innigstgeliebten Gattin, unserer guten Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Frau

Anna Martha Kretschel

geb. Rentsch

ist es uns dringendes Herzensbedürfnis, allen Freunden, Nachbarn und Bekannten von nah und fern für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, den so überaus reichen Blumenschmuck und das zahlreiche Geleit zur letzten Ruhestätte tiefgefühltesten Dank auszusprechen.

Insbesondere Dank Herrn Pfarrer Rau für die Trostesworte, Herrn Kirchschullehrer Stübner für die mit den Schülern angestimmten Gesänge.

Herzlichen Dank dem Militärverein für das bereitwillige Tragen zur stillen Gruft. Allen herzlichsten Dank!

Dir aber, Unvergeßliche, rufen wir ein „Habe Dank!“ und „Ruhe sanft!“ in die Ewigkeit nach.

Großnaundorf, Der tieftrauernde Gatte
 am Begräbnistage. **Erwin Kretschel**
 nebst allen Angehörigen.

Gasth. z. d. Linden, Oberlichtenau

Nächsten Sonntag, von 6 Uhr ab

Ballmusik (Damenwahl)

Beliebteste Einkehrstätte der Umgebung

Gasthaus zum Hof :: Radeberg
 Pulsnitzer Straße

Sonntag, den 24. Februar 1926
 ab 4 Uhr:

Grosser Jazz - Ball!

Herrliche Dekoration

Dresdner Künstler-Jazzband

Stimmung — Betrieb

Vorzügliche und preiswerte Küche
 Abendstamm M 0.65

Es ladet herzlichst ein **Familie Lukaschek**

Familienverkehr — Unterhaltungsmusik

Bulsnitzer Tageblatt

Freitag, 26. Februar 1926

Beilage zu Nr. 48

78. Jahrgang

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses.

Schluss

Die Reichspostverwaltung beabsichtigt, etwa Mitte März durch ein schiffbares Phänomobil zwischen Kamenz und Döhlen eine Kraftpostlinie zu eröffnen und so einem lange geheuten Wunsch der beteiligten Gemeinden entgegenzukommen. Es wurde dem Wünsche Ausdruck gegeben, die Linie bis Wittichenau fortzuführen. — Auch auf der Strecke Kamenz — Nebelschütz — Wendischbäselitz — Schmiedwitz — Räckelwitz — Großwitz — Banskowitz soll eine Kraftpostlinie mit je 2 Fahrten täglich hin und her eröffnet werden. Wegen Übernahme der hier verlangten Gewährleistungsumme in Höhe von 10 Bfg. für den Fahrkilometer soll die Amtshauptmannschaft noch mit dem Stadtrat zu Kamenz, den in Frage kommenden Gemeinden und der Badepverwaltung in Schmiedwitz Probebetrieb von drei Monaten. — Schließlich beabsichtigt die Postverwaltung, einen fünf- bis siebenmaligen täglichen Kraftwagenverkehr zwischen Bulsnitz und Döhlen probeweise einzurichten. Der Bezirksausschuss nahm vom Sachstand Kenntnis und genehmigte die von der Gemeinde Döhlen zu übernehmende Gewährleistungsumme in Höhe von etwa 300 RM. Er regte aber an, die Oberpostdirektion Dresden und die beteiligten Gemeinden darauf hinzuweisen, daß es wünschenswert erscheint, die Linie bis nach Breinig fortzuführen.

Weiter wurde beschlossen, dem Ministerium des Innern die Zwangseingemeindung der Rittergüter Petershain und Liebenau unter Zugrundelegung der entworfenen Verträge sowie unter Ablehnung der von der Gemeinde Liebenau gewünschten Änderungen in die Gemeinden Petershain und Liebenau vorzuschlagen, nachdem alle benachbarten Gemeinden und der betreffende Rittergutsbesitzer zu der Angelegenheit gemäß der Meinung des Ministeriums gehört worden sind. Dem Antrage der Stadt Kamenz auf Abstandnahme von der Eingemeindung des Gutsbezirks Langesholz in die Gemeinde Strahgräben sah sich der Bezirksausschuss im Hinblick auf die gesetzlichen Bestimmungen im § 136 der Gemeindeordnung gegen zwei Stimmen nicht in der Lage, entgegenzusetzen.

Das Ortsgesetz über Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung für die Arbeiter der Stadt Großröhrsdorf wurde dem Vortrage von Herrn Regierungsrat Dr. Merzdorf genehmigt, desgleichen die zum Krankenhausneubau in Großröhrsdorf erforderlichen Darlehensaufnahmen in Höhe von 52 530 RM bei der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden.

Bei der Neu- und Umbildung der Jagdbezirke nach dem neuen Jagdgesetz macht sich das Gehör von Sachverständigen bemerkbar. Der Bezirksausschuss erklärte sich nach Vortrage des Herrn Regierungsrats Ritter mit der Einziehung eines Ausschusses einverstanden und stimmte dem zu, daß ihm als Mitglieder die Herren Major a. D. Walter Reich-Biehla, als Jagdberechtigter Oberförster Naumann-Göddau für die Eigenschaft Stellvertreter, Fabrikbesitzer Fritz Hoffmann-Strahgräben, Jagdwächter und Wirtschaftsbesitzer Wolf-Bischheim für die Jagdberechtigten und Hermann Steglich-Hennersdorf für die Jagdgenossen angeschlossen werden.

Es wurde beschlossen, auf die Ausübung des Vorkaufsrechtes durch den Bezirksverband in der Grundstücksverkaufsanfrage der Herren Freiherrn Grote und Domasche-Oberlichtenau zu verzichten. Die Amtshauptmannschaft wurde weiterhin, in denen keine Bedenken vorliegen oder in denen die Übertragung des Vorkaufsrechtes von den dazu Berechtigten nicht beantragt wird. Die Einräumung des Vorranges einer Wohnungsbauhilfe in Höhe von 8000 RM. auf dem Grundstück des Baumeisters Nilsche-Großröhrsdorf wurde genehmigt.

Der Bezirksausschuss stimmte den Vorschlägen für eine anderweitige Festlegung von Wegebaubehilfen an das Kloster St. Marienstern, die Stadt Bulsnitz sowie an die Gemeinden Döhlen und Zochau zu. Die Wegebaulasten des Bezirks werden auch in diesem Jahre sehr groß sein. Infolge der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit haben auf den Straßen nur notwendige Ausbesserungen vorgenommen werden können. Dadurch sind die Straßen in einen sehr schlechten Zustand gekommen. Die Kosten der Wegebauten, die die Gemeinden für 1926 angemeldet haben, sind von den Amtshauptmannschäfern auf 924 000 RM. veranschlagt worden. Wollte der Bezirk alle diese Wegebauten als notwendig und bezuschungsfähig anerkennen, so müßte er nach § 146 der Gemeindeordnung hierzu 460 000 RM. beitragen. Da aber ein derartiger Betrag allein für Wegebauten nicht als Bezirksumlage umgelegt werden kann, wurde beschlossen, verschiedene Streichungen vorzunehmen und in den nächsten Haushaltsplan für diesen Zweck nur 225 000 RM. einzustellen. Bei Pflasterungen sollen nur zwei Drittel der Kosten als beihilfefähig angesehen werden. Gesuche, die die Gemeinden schuldbarweise erst nach dem 1. November 1925, d. i. die für die Einreichung der Gesuche gestellte Frist, eingereicht haben, sollen vorläufig nicht berücksichtigt werden. Eine genaue Aufstellung der zu gewährenden Wegebaubehilfen wird dem nächsten Bezirksausschuss vorgelegt werden.

Von dem dem Landeswohnungsverband zugewiesenen weiteren Baubehilfsmitteln aus dem Jahre 1925 wurden der Gemeinde Deutschbäselitz 6000 RM. für zwei Wohnungen, der Gemeinde Schwosdorf 6000 RM. für zwei Wohnungen, Herrn Heinrich-Jauer 5000 RM. für eine Wohnung, wenn die Finanzierung und Ausführung des Baues sichergestellt ist, und Herrn Rietzsch-Ralbitz 4300 RM. für zwei Wohnungen bewilligt.

Für die ausgeschriebene Stelle eines Rechnungsführers beim Bezirksverband waren 110 Gesuche von Bewerbern eingegangen, von denen zwei in die engste Wahl kamen. Gewählt wurde der Verwaltungsdirektor Schorr, bisher Rechnungsführer beim Stadtrat zu Bischofswerda. — Zur Aufnahme eines Darlehens beim Reich zur Durchführung der Notstandsarbeit, Beschotterung der Straßen Kamenz-Döhlen und Kamenz-Strahgräben, wurde Zustimmung erteilt.

Der Bezirksausschuss hatte in seiner letzten Sitzung beschlossen, der Errichtung einer Wanderer-Verpflegstation in Königsbrück näher zu treten, da hierfür ein dringendes Bedürfnis besteht. Es lagen in der heutigen Sitzung mehrere Angebote von Holzhäusern vor, von denen dasjenige der

Firma Hönisch u. Co. A.-G. in Niederleschitz als das günstigste angesehen wurde. Die Amtshauptmannschaft wurde beauftragt, die Angelegenheit weiter zu bearbeiten, um sie dann dem Ende März oder Anfang April zusammenzutretenden Bezirksrat vorlegen zu können. Vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium ist bereits eine Beihilfe erteilt worden.

Die Amtshauptmannschaft wurde weiter ermächtigt, mit Herrn Professor Dr. Haupt-Baughen wegen Ausübung der Nahrungsmittelkontrolle im Bezirk die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen unter Zugrundelegung der Bedingungen der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege in Dresden.

Herr Amtshauptmann berichtet eingehend über den Stand der Arbeitsmarktlage und der Erwerbslosenfürsorge. Die Arbeitsmarktlage hat sich seit der letzten Bezirksausschusssitzung weiter verschlechtert. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug am 15. Februar 1926 3316. Bei wiedereröffnender Bau-tätigkeit ist zu hoffen, daß die in diesem Berufe tätigen Erwerbslosen wieder beschäftigt werden. Die Gesamtausgaben an Unterstützungen betrugen im Januar 134 000 RM., der Bezirksverband hat zu diesen Ausgaben 16 000 RM. beizutragen. Die Gesamtausgaben verteilen sich auf die einzelnen Arbeitsnachweisbezirke Kamenz mit 27 000 RM., Bulsnitz mit 57 000 RM., Großröhrsdorf mit 35 000 RM. und Königsbrück mit 14 000 RM.

Die zur Verlegung der Räume des Arbeitsnachweises Kamenz in das Gebäude der Dr. Stranckentasse und zum Ausbau der dortigen Räume erforderlichen Mittel wurden bewilligt. — Auf ein Beihilfegesuch des Verbandes für Deutsche Jugendherbergen wurde beschlossen, vorläufig von einem Zuschußbetrag abzusehen. — Über das am Sitzungstage eingegangene Gesuch um Gewährung einer Unterstützung für die in Kamenz in der Gründung begriffene Jugendherberge soll in der nächsten Sitzung des Bezirksausschusses Entscheidung gefaßt werden.

Nachdem in einer Schankkonzessionsache auf Antrag der Parteien mündliche Verhandlung mit Zeugenvernehmungen vor dem Bezirksausschuss stattgefunden hatte, wurde noch eine nichtöffentliche Sitzung abgehalten, in der über verchiedene Schankkonzessionsgesuche Beschluß gefaßt wurde. Gegen 1/3 Uhr fand die umfangreiche Tagungsordnung ihr Ende.

Lesen Sie Meisters Buch-Roman!

Kommt unsere Zeitung unregelmäßig?

Dann beachte man:

Erhält man die Zeitung durch die Boten der Geschäftsstelle, so wende man sich wegen Beseitigung dieser Unregelmäßigkeit an uns. Erhält man die Zeitung durch den Briefträger, so wende man sich an die zuständige Postanstalt und verlange pünktliche Lieferung.

Kein Kuchen ohne FEINKOST-MARGARINE



Blauband FRISCH GEMISCHT

Fordern Sie die „Blauband-Woche“ zu jedem Pfund.

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Vorhars.

Nachdruck verboten.

„Woher weißt du, wie mein Vater gesprochen und gehandelt haben würde?“ fragte Eberhard, das vertrauliche Du wie selbstverständlich weiter gebrauchend.

„Weil ich ihn gekannt habe, ja, mehr als das — weil ich ihn meinen besten und treuesten Freund nennen durfte.“

„Wie das?“ fragten Waltraut und Eberhard zu gleicher Zeit verwundert und sahen mit gespanntem Blick zu Seeger hin.

Seeger zögerte nur wenige Minuten, während deren er tief aufatmete. Dann trat er vor Waltraut hin und ergriff ihre beiden Hände.

„Waltraut, ich habe dich um Verzeihung zu bitten für eine Täuschung, deren Motive ich dir später erklären will. Ich wollte sie dir schon vorhin berichten, als ich durch den Zwischenkommen der Kinder daran verhindert wurde.“

„Nun sollen sie es auch hören. Erklärst nicht, ich bin nicht Seeger, der Hauslehrer, sondern — Kurt Rüdiger von Stolzenau, der verschollen gewesene Erbe, deines Gatten Orest.“

„Du — du wärest — du bist — aber wie kann das sein?“ stotterte sie ganz hilflos und von der Ueberraschung überwältigt.

Seeger, oder jetzt Rüdiger von Stolzenau, warf einen ängstlichen Blick auf die beiden Kraben, die ihn mit großen Augen und offenem Munde anstarrten, als sähen sie plötzlich einen Fremden vor sich. Dann sah er Waltraut an, tief und innig.

„Ich verstehe deine Fragen und Zweifel sehr wohl und will sie dir lösen. Komm, laß uns zu jener Bank unter der Buche gehen, damit du dich setzen und mich in Ruhe anhören kannst.“

Die Krabbe und ließ sich bereitwillig von ihm führen. Die Krabbe zitterte ihr, und sie wäre nicht mehr imstande gewesen, sich aufrecht zu erhalten. Der Aufregungen und Ueberraschungen waren es zu viele auf einmal gewesen.

Nun sah sie neben ihm auf der kleinen Bank, die nur Raum für zwei Personen hatte. Die Kraben, die ihnen gefolgt waren, standen vor ihnen und sahen gespannt zu dem Manne hin, den sie noch vor wenigen Minuten für ihren Erzieher gehalten hatten, und der nun der Freund des Vaters, der totegelebte Graf Rüdiger von Stolzenau sein wollte. Sie begriffen das nicht und noch viel weniger, warum er als einfacher Hauslehrer zu ihnen gekommen war und bei ihnen gelebt hatte. Doch die Aufklärung sollte ihnen jetzt werden, und sie hingen mit gespanntester Aufmerksamkeit an dem Munde dieses Mannes, der nun zu sprechen begann:

„Mit wenigen Worten läßt es sich kaum sagen, was mich dazu trieb, unter falschem Namen in der Rolle eines Hauslehrers zu euch zu kommen. Kurz zusammengefaßt, sind meine Beweggründe etwa folgende: das Einkommen einer Danteschuld, die lödenden Aufgaben, die meiner hier harrten, und ein unausrottbarer Hang nach Abenteuer, nach Erlebnissen und Kämpfen.“

Von dem, was mich in die Ferne trieb, und was mich dort festhielt, wirst du, Waltraut, von Günter und aus meinen Briefen erfahren haben. Du selbst läßt mir einmal, ahnungslos, daß der Schreiber vor dir sah, meinen letzten Brief, den ihr empfanget, vor. Laß mich an ihn anknüpfen. Ich schrieb, wie du dich erinnern wirst, daß ich mich unter den Wilden, zu denen ich mich begeben hatte, um den Urhebern der Schlafkrankheit nachzuforschen, in fester Gefahr befände. Ich hatte sie nicht übersehen, denn sie umlauerte mich auf Schritt und Tritt. Keinen Augenblick war ich meines Lebens sicher. Ich glaubte, mein Ende sei gekommen, als man mich eines Nachts ergriff und in eine Wildnis schleifte. Es war eine Höhle, in die sie mich gebracht hatten, und deren Zugänge sie bewachten. Zu töten wagten sie mich nicht, da sie mich für einen Zauberer hielten, weil ich viele der ibrigen von allerlei Krankheiten befreit hatte. Dieses Gefängnis, in das weder Sonne noch Mond schien, wäre schlimmer als der Tod gewesen, wenn ich mir nicht durch eine List erwirkt hätte, täglich einige Stunden vor der Höhle unter Gottes freiem Himmel zu bringen zu dürfen. Vor der Verzweiflung und dem geistli-

gen Tode bewahrten mich meine Studien und das Aufzeichnen meiner Forschungen und Reiseerlebnisse, das einzige, was man mich, ohne Argwohn zu hegen, tun ließ. So war ich abgelenkt von meinen Begleitern, von aller Welt und Zivilisation. Man mußte mich in der Heimat für verschollen oder tot halten, denn sechs lange Jahre schmachtete ich in dieser Gefangenschaft. Schon hatte ich jede Hoffnung auf Rettung begraben, da alle meine Fluchtpläne unausführbar waren, als ein Krieg unter den benachbarten Stämmen ausbrach. In dem wilden Gemüß des Kampfes vergaß man mich, und ich benutzte die günstige Gelegenheit. Mit knapper Not gelang es mir, meinen Feindern zu entfliehen. Von den Einzelheiten dieser Flucht, von den Strapazen, Gefahren, Entbehrungen, der steten Angst, ergriffen zu werden, laßt mich euch ein andermal erzählen. Jetzt nur so viel, daß ich nach monatelangem Umherirren in der Wildnis endlich auf eine Karawane stieß, die mich mitnahm und in einen zivilisierten Ort brachte. Gänzlich erschöpft an Körper und Seele, blieb ich hier liegen, gepflegt von deutschen Schwestern, bis ich nach Monaten imstande war, über meine fernere Zukunft nachzudenken. Eine mächtige Sehnsucht nach der Heimat, der ich neun Jahre ferngeblieben, und von der ich jetzt sechs Jahren nichts mehr gehört hatte, ergriff mich. Sobald es mein Gesundheitszustand erlaubte, schiffte ich mich in dem nächsten Hafen nach Europa ein.

Die stärkende Seeluft brachte mich bald wieder in den Vollbesitz meiner Kräfte zurück, so daß ich mit freudigem Mut der Heimat entgegen sah. Ich besaß zwar keine Verwandten mehr, die mir nahestanden, aber einen lieben Freund, und auf dieses Wiedersehen freute ich mich um so mehr, als ich ihm meine Ankunft vorher nicht melden, sondern ihn überraschen wollte. Ich malte mir die Einzelheiten meiner Ankunft auf Gerolstein aus. Wenn plötzlich der Totgelebte vor ihm stand — welch grenzenlose Ueberraschung! Der Arzt in mir verwarf den Plan jedoch als gefahrbringend für den geliebten Freund, und so beschloß ich, erst kurz vor meiner Ankunft, etwa von der letzten Station aus, diese zu melden.

(Fortsetzung folgt.)



Eine Rechtfertigung des deutschen Volksbundes in Oberschlesien.

Erklärung des Präsidenten der Gemischten Kommission in Oberschlesien.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calonder, hat eine Erklärung über seine Kompetenzen und seine Haltung zu den in Polnisch-Oberschlesien gegen den Deutschen Volksbund eingeleiteten Untersuchungen abgegeben, in der es u. a. heißt:

Der Deutsche Volksbund ist eine für den Minderheitenschutz im Sinne der Genfer Konvention unerlässliche Organisation, deren Statuten vollkommen im Einklang mit dem erwähnten Artikel stehen. Ich muß betonen, daß der Deutsche Volksbund in all den zahlreichen Streitfällen, in denen er bisher vor der Gemischten Kommission das Recht der Minderheiten vertrat, diese seine Aufgabe stets in loyaler und gerechter Weise erfüllt hat.

Die Strafverfolgungen sind in der Hand des Untersuchungsrichters. Weder die Gemischte Kommission, noch deren Präsident sind kompetent, sich mit dieser Angelegenheit in einem prozessualen oder Beschwerdeverfahren irgendwie zu befassen. Dagegen besteht ein

allgemeines Aufsichtsrecht des Präsidenten

der Gemischten Kommission, das sich auf richtige Ausführungen des Vertrages und auch auf alle Fragen, die das Verhältnis der zwei Vertragsstaaten zu ihren Minderheiten in Oberschlesien betreffen, erstreckt. Soweit es sich um Angelegenheiten strafrechtlicher Natur handelt, vollzieht sich diese diplomatische Aktion in bloßen Anregungen, die die Souveränität der Gerechtigkeit in keiner Weise antasten.

Solche Situationen, wie die gegenwärtige, tiefe, politische Krise in Polnisch-Oberschlesien können nur durch Gerechtigkeit und weise Besonnenheit überwunden werden, niemals aber im Zeichen des Hasses. Da die Verhältnisse mich gezwungen haben, öffentlich das Wort zu ergreifen, erachte ich es als meine unabwendbare Pflicht, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, wie gefährlich und gefährlich die Bestrebungen sind, die diese Strafuntersuchungen mit einem Kampagnensystem öffentlicher Aufreizung zum Klassenkampf betreiben. Die ganze Angelegenheit ist in den Händen des Richters und dabei sollten sich alle Kreise beruhigen können. Das hehre Amt des Richters steht hoch über den Leidenschaften der Tagespolemik. Dem zuständigen Richter der polnischen Republik gebührt absolutes Vertrauen.

Der polnische Staatsvertreter hat mir die Erklärung abgegeben, daß alle Strafuntersuchungen mit größter Beschleunigung geführt und in kürzester Zeit zum endgültigen Abschluß gelangen werden. Im allseitigen Interesse hoffe ich, daß sämtliche Gerichtsverhandlungen öffentlich sein werden. Nur auf diese Weise kann eine wirksame, allseitige Aufklärung erzielt und Oberschlesien von der gegenwärtigen Atmosphäre des Mißtrauens und der Verdächtigungen befreit werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Der neue Bothmer-Prozess. Am 13. März beginnt vor dem Großen Potsdamer Schöffengericht die Verhandlung gegen die Gräfin Bothmer, und zwar wegen schweren Diebstahls und Betruges. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Westerkamp. Die Anklage vertritt der Erste Staatsanwalt Gerlach. Ueber die Frage der Verteidigung der Gräfin Bothmer ist noch nichts entschieden. Auf jeden Fall aber wird Justizrat Josephson die Verteidigung nicht führen. Zu dem Prozess sind mehrere Mitglieder der Familie des Präsidenten Ried geladen. Man hofft, den Prozess an einem Tage durchführen zu können.

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Borchart.

88. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Zunächst sollte ich eine Ueberraschung erleben, die ein Zufall mir bereitet. In meiner Kabine fand ich nämlich ein altes Zeitungsblatt, das ich aus Langerweile in dem ewigen Einerlei einer Seefahrt von A bis Z durchlas. Mein Blick blieb wie gebannt auf einer Notiz oder vielmehr auf einem regelrechten Aufruf haften, und dieser galt keiner geringeren, als meiner Person. Man forschte nach dem Majoratserben von Stolzenau, da der Onkel gestorben war. Ich war zuerst ganz verblüfft, dann packte mich eine unsinnige Freude, auf diese Weise in allernächster Nähe des Freundes zu kommen, sein Gutsnachbar zu werden.

Mit gespanntem Segeln ging es heimwärts. Meine Gedanken flogen voraus. Niemand kannte mich auf dem Schiff, da ich unter dem Namen reiste, den ich schon bei der Hinreise angenommen hatte, und ich gab mich auch jetzt keinem zu erkennen. In Genua verließ ich das Schiff und reiste per Bahn weiter, nur hier und dort eine kleine Rast machend. In Berlin nahm ich Quartier, und von hier aus machte ich mich auf den Weg nach N..., der Stolzenau zunächst gelegenen größeren Stadt, wo der Rechtsbeistand des Onkels, Justizrat Braun, der auch den Aufruf erlassen hatte, wohnte. Ich wollte mich ihm zunächst vorstellen, meine Papiere prüfen und beglaubigen lassen und die Regulierung der Erbschaftsangelegenheit dann auf Gerolstein abwarten.

Da ich spät ankam und den Justizrat erst am nächsten Tage ausfinden konnte, setzte ich mich in das Gastzimmer und ließ mir das Abendbrot servieren. An einem Nebentische saßen mehrere Herren, die ich für Rittergutsbesitzer der Umgegend hielt, und da wurde ich unwillkürlich Zeuge eines Gesprächs, das mich bis auf den Grund meiner Seele erschütterte und alle meine anfänglichen Pläne über den Haufen warf.

Ich erfuhr, daß ein jüngerer Vetter von mir, den ich persönlich nicht kannte, das Majorat an meiner Stelle

Sport.

Nademacher und Frölich-Magdeburg, die deutschen Schwimmmeister, sind in Begleitung des Altmeisters Behrens in New York eingetroffen. Sie haben die Fahrt über den Atlantik gut überstanden und sehen den kommenden Rennen zuversichtlich entgegen.

Für das Dortmunder Sechstagerrennen, das am 4. März beginnen wird, sind noch einige gute Fahrer verpflichtet worden, so u. a. der Breslauer Rieger, der Däne Jensen und Remold-Schweinfurt.

Handel.

Berliner Börse vom Donnerstag.

Der heranabende Ultimo machte sich heute etwas stärker fühlbar. Verschiedentlich kam noch einige Prämienware heraus; was in der Hauptsache auf die Tendenz drückte, waren die anfänglich des bevorstehenden Monatswechsels anziehenden Geldsätze.

Ämtliche Devisen-Notierung.

Devisen (in Reichsmark)	25. Februar		24. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
New York . . . 1 \$	4,195	4,205	4,195	4,205
London . . . 1 £	20,882	20,484	20,897	20,449
Amsterdam . . . 100 Gld.	167,94	168,36	168,05	168,47
Kopenhagen . . . 100 Kron.	108,88	109,16	109,01	109,29
Stockholm . . . 100 Kron.	112,43	112,71	112,23	112,51
Oslo . . . 100 Kron.	89,96	90,18	89,79	90,01
Stettin . . . 100 Lire	16,85	16,89	16,87	16,91
Schweiz . . . 100 Frcs.	80,78	80,98	80,78	80,98
Paris . . . 100 Frcs.	15,825	15,865	15,825	15,865
Brüssel . . . 100 Frcs.	19,05	19,09	19,07	19,11
Brag . . . 100 Kron.	12,416	12,456	12,416	12,456
Wien . . . 100 Schill.	59,14	59,28	59,11	59,25
Spanien . . . 100 Peseta	59,18	59,27	59,18	59,27

Banquierskonten: Berlin 8 (Combarb 10), Amsterdam 3 1/2, Brüssel 7, Statten 7, Kopenhagen 5 1/2, London 5, Madrid 5, Christiania 6, Paris 6, Brag 6, Schweiz 3 1/2, Stockholm 4 1/2, Wien 9

Umsatzen: Warschau 53,36 G 53,64 B, Riga 80,70 G 81,10 B, Reval 1,116 G 1,122 B, Kowno 41,395 G 41,605 B, Kattowiz 53,36 G 53,64 B, Polen 53,36 G 53,64 B. — Notizen: Gr. Polen 52,23 G 52,77 B, H. Polen 52,73 G 53,27 B, Letten 79,90 G 80,70 B, Lit. 40,99 G 41,41 B.

Effektenmarkt.

Die 5proz. Reichsanleihe hatte mit 0,3375 und die Schutzgebietenanleihe mit 7,50 Prozent eingeseht. Bankaktien überwiegen gedrückt. Schiffahrtsaktien verloren. Montanaktien durchweg schwächer. Kalkwerte nachgebend. Farbenindustrie büßte 1 Prozent ein. Elektrizitätswerte überwiegen abgeschwächt. Waggonfabriken verloren.

Ämtlich festgesetzte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin vom 25. Februar. (Getreide und Vorkaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm, alles in Reichsmark.) Weizen, märkischer 246—250, pomm. 245—248, März 260,50—261 und Geld, Mai 265,50—266,50 Geld, fester. Roggen, märkischer 142—147, pomm. 140—144, März 155,50—100 Geld, Mai 170,50 bis 171,50, fester. Gerste, Sommergerste 164—188 (feinste Qualitäten über Notiz), Futter- und Wintergerste 136—150, stetig. Hafer, märkischer 150—160, März 167,50, Mai 174, stetig. Weizenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Notiz) 32,25—35,50, behauptet. Roggenmehl per 100 Kilogramm frei Berlin brutto inkl. Sad 21—23, behauptet. Weizenkleie frei Berlin 10, matt. Roggenkleie frei Berlin 9, matt. Viktoria-Erbsen 26—33, kleine Speiseerbsen 23—25, Futtererbsen 20—22, Beluschten 20—21,50, Ackerbohnen 20—21, Wicken 23—25, Lupinen, blaue 11,75—12,50, Lupinen, gelbe 13,75—14,50, Serradella, neue 24—26, Napsstüchen 14—14,50, Leintüchen 19,50 bis 19,90, Trodenstängel 8,20—8,50, Sojabohnen 18,80—18,90, Kartoffelflocken 14,40—14,60.

Berliner Futtermittelnotierungen vom 25. Februar. Trotz dem die Konsumnachfrage ziemlich ruhig und eine Besserung kurz vor Ultimo kaum zu erwarten ist, erhöhte die Kommission heute die Notierung für zweite und abfallende Sorten um 5 Nm. je Zentner und notierte im Engroshandel je Pfund für erste Sorten 1,85 Nm, für zweite Sorten 1,75 Nm. und für abfallende Sorten 1,55 Nm.

Berliner Eierpreise vom 25. Februar. (Bericht der amtlichen Notierungskommission für den Eiergroßhandel in Pf. und je Stück.) a) Inländische Eier: Frische Inlandseier über 55 Gramm 12—13, frische Inlandseier unter 55 Gramm 10,50 bis 11,50. b) Ausländische: Große Eier 11,50—13, normale Eier 9,50—10,50, kleine und Schmutzeier 9. Tendenz: Sehr still.

In Zeiten wirtschaftlicher Notlage ist der hauswirtschaftliche Umgang mit vorhandenen Vorräten nicht in das Ermessen der Einzelperson gelegt, sondern ein Allgemeinbedürfnis geworden. Die Lebenshaltung ist teurer, namentlich was Kleidung und Wäsche anbelangt. Gerade letztere kann nur durch sachgemäße Behandlung vor frühzeitigem Verschleiß und Unansehnlichkeit bewahrt werden. Bekanntlich leidet die Wäsche beim Waschen am meisten, da Arbeit und mit zerbrechenden Bestandteilen durchmischte Waschmittel zerstörend auf das Gewebe wirken. Die fürsorgende Hausfrau kennt keinen Waschtrog, ohne den Bestand, den ihr Dr. Thompsons Seifenpulver mit dem Schwan, nach dem Gutachten auch reich namhafter Chemiker frei von schädlichen Stoffen, in vollendetem Maße gewährt.

Kunstleben in Pulsnitz.

Das Wagnis ist glücklich. Pulsnitz hat gestern eine Novitäts-Aufführung erlebt, die in Rücksicht auf die bei einer Einzelperson gelegte, sondern ein Allgemeinbedürfnis geworden. Die Lebenshaltung ist teurer, namentlich was Kleidung und Wäsche anbelangt. Gerade letztere kann nur durch sachgemäße Behandlung vor frühzeitigem Verschleiß und Unansehnlichkeit bewahrt werden. Bekanntlich leidet die Wäsche beim Waschen am meisten, da Arbeit und mit zerbrechenden Bestandteilen durchmischte Waschmittel zerstörend auf das Gewebe wirken. Die fürsorgende Hausfrau kennt keinen Waschtrog, ohne den Bestand, den ihr Dr. Thompsons Seifenpulver mit dem Schwan, nach dem Gutachten auch reich namhafter Chemiker frei von schädlichen Stoffen, in vollendetem Maße gewährt.

Kirchen-Nachrichten.

Lichtenberg Sonntag Reminiszere, den 28. Februar 1926: 9 Uhr Predigtgottesdienst 1/11 Uhr Kindergottesdienst. 2 Uhr Taufgottesdienst. **Großnaundorf** Sonntag, den 28. Februar, vormittag 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr Kindergottesdienst (alt. Abtlg.). **Oberlichtenau** Sonntag, den 28. Februar, Reminiszere: 10 Uhr Predigtgottesdienst. Kollekte für die Innere Mission. 11 Uhr Kindergottesdienst (2. Abtlg.). **Reichenbach** Sonntag, den 28. Februar, Reminiszere: 8 Uhr Predigtgottesdienst (Pf. Odhne). Kollekte für die Innere Mission.

schaffen. Nun sah ich ein Ziel mit interessanten, lohnenden Aufgaben vor mir, und darüber ließ ich einstweilen das Majorat schießen. Ob ich einige Monate früher oder später in den Besitz kam, war mir vollständig gleichgültig. Ich suchte also, da ich unerkannt bleiben wollte, den Justizrat nicht erst auf, sondern fuhr kurz entschlossen nach Berlin zurück. Hier stöberte ich mit Hilfe des Arbeitsbundes einen ehemaligen Schulfachlehrer ab, der, wie ich mich erinnerte, vor seiner Anstellung als Oberlehrer lange Jahre als Hauslehrer gewirkt hatte. Ich weihte ihm in meinen Plan ein und bat ihn, mir seine Hauslehrerzeugnisse zu überlassen. Er trug erst Bedenken, gab sie mir dann aber doch.

So meldete ich mich mit den Zeugnissen Kurt Seegers bei meinem Vetter Aribert, der mit dem Majorat auch die Vormundschaft über die Gerolsteiner Knaben an meiner Stelle übernommen hatte, und da die Hauslehrerzeugnisse gerade einmal wieder valant war, wurde ich sofort angenommen.

Mit kühnem Mut trat ich bald darauf auf Gerolstein ein. Zwar war ich aus den Schulwissenschaften schon etwas heraus und mit den neuen Lehrplänen nicht vertraut. Dank des wirklichen Seegers Hilfe, der mich mit Büchern und Ratsschlägen reichlich versorgte, und meinem eifrigen Studieren konnte ich meine Rolle durchführen, trotz der Schwierigkeiten, die mir von einem meiner Zöglinge, ein neudender Blick traf Eberhard — „bereitete nicht.“ Er lachte. „Das hatte ich auch nicht erwartet; aber die vielen Schwierigkeiten und Feindseligkeiten, denen ich begegnete, machten mir meine Aufgabe nur reizvoller. Der störrische, unbändige und so kühne, frische Knabe gefiel mir, ich schloß ihn in mein Herz. Ich wollte ihn lehren, den Meinschloß in mir zu achten, sich meiner moralischen Kraft unterzuordnen. Darum mußte ich als einfacher Hauslehrer zu ihm kommen und nicht als Graf Stolzenau, der ihm ebenbürtig war. Und daß es mir gelungen ist, das hast du mir bewiesen, Eberhard. Ich habe nicht umsonst um dich gekämpft.“

(Fortsetzung folgt.)